

4. H. Asser  
Asser Persönlich

H  
11/12/83

## I N F O R M A T I O N

über den außerordentlichen Bundeskongreß der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD der BRD vom 26. bis 27. März 1983 in Oberhausen

=====

### I.

Unter der Losung "Gegen die NATO-Rüstung! Gemeinsam für Frieden und Arbeit" fand in Oberhausen vom 26. bis 27. März 1983 ein außerordentlicher Bundeskongreß der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD der BRD statt.

Die ca. 240 000 Jungsozialisten, nach eigenen Angaben sind etwa 25 000 aktiv, wurden von 300 Delegierten aus 22 Bezirksverbänden vertreten.

Am Kongreß nahm eine Delegation der FDJ unter Leitung des Sekretärs des Zentralrates, Gunter Rettner, teil.

Weitere Gäste des Kongresses waren Delegationen des Leninschen Komsomol der UdSSR, von Jugendorganisationen der VR Polen, der CSSR, Ungarns und Bulgariens sowie Vertreter von Jugendorganisationen aus westeuropäischen und lateinamerikanischen Staaten. Erstmals hatte der Bundesvorstand der Jungsozialisten Vertreter der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) offiziell eingeladen.

Gäste des Kongresses waren die SPD-Parteivorstandsmitglieder Oskar Lafontaine und Björn Engholm.

Im Gegensatz zu früheren Bundeskongressen waren Vertreter des Präsidiums des SPD-Parteivorstandes nicht anwesend.

### II.

Der Bundeskongreß der Jungsozialisten wurde bestimmt durch die Festlegung der Positionen der Organisation im weiteren Kampf gegen den NATO-Raketenbeschluß und durch das Bekenntnis zur Einheit der Friedensbewegung in der BRD.



1. Diskussion wie Beschlußfassung dokumentierten eine gewachsene Geschlossenheit der Jungsozialisten in ihrem Eintreten gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen und in ihrem Engagement für Frieden, Entspannung und Abrüstung.

In ihren mit großer Mehrheit angenommenen "Friedenspolitischen Thesen" unterstreichen die Jungsozialisten ihre Rolle als Teil der internationalen Friedensbewegung, "die national und international für Abrüstung in West und Ost kämpft". Einhellig machen sie die USA für die äußerst gefährliche Zuspitzung der internationalen Lage verantwortlich, charakterisieren sie die "Rechtskoalition aus CDU/CSU und Rest-FDP" als ein Kartell, das "sich auf eine bedingungslose Gefolgschaft zur Hochrüstungspolitik Ronald Reagans festgelegt" hat, "die praktisch nichts anderes bedeutet, als die Vorbereitung auf einen von der US-Regierung begrenzbaren und gewinnbaren Atomkrieg".

Reagans "neue Verteidigungskonzeption" charakterisierte der Bundesvorsitzende der Jungsozialisten Rudolf Hartung als Fortschreibung des Hochrüstungsprogramms der USA für die nächsten 20 Jahre, den die Jungsozialisten als Bestandteil der USA-Erstschlagskonzeption entschieden ablehnen.

In einer "Initiative für Abrüstung" fordern die Jungsozialisten die Verhinderung der Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen und die sofortige Einstellung sämtlicher Vorbereitungsarbeiten. Sie verlangen die schrittweise Senkung der Rüstungsausgaben und stellen den Zusammenhang zwischen Hochrüstung und Sozialabbau her. Im Rahmen einer "alternativen Außen- und Sicherheitspolitik" sollen atomwaffenfreie Zonen geschaffen werden. Unterstützt wird der entsprechende schwedische Vorschlag.

Das Verteidigungskonzept der BRD müsse in Richtung einer Defensivkonzeption verändert werden.

Nach Auffassung der Jungsozialisten gibt es in der BRD gegen die Raketenstationierung eine politische Mehrheit, "die ihre Handlungsfähigkeit vor allem auf außerparlamentarischer Ebene erweisen muß". Die Jungsozialisten betonen in diesem Zusammen-



hang die Notwendigkeit des Zusammengehens von Friedensbewegung, Gewerkschaftsbewegung und Ökologibewegung. Zugleich wird auf die Möglichkeit einer Zusammenarbeit von SPD und Grün/Alternativen auf parlamentarischer Ebene hingewiesen. Entscheidend sei, "daß man der Rechtsregierung in Bonn etwas entgegensetzen kann und muß".

In diesem Sinne wollen die Jungsozialisten aktiv die Ostermärsche, die Aktionen der DGB-Gewerkschaften am 1. Mai, die Aktionen zum Evangelischen Kirchentag, den Frauen-Friedensmarsch Dortmund - Brüssel, die gewerkschaftlichen Aktionen anlässlich des Weltfriedenstages, die Friedenswochen auf Initiative der "Aktion Sühnezeichen", die Großdemonstration der Friedensbewegung am 22. Oktober 1983 und die örtlichen Aktivitäten zum Jahrestag des NATO-Raketenbeschlusses unterstützen.

Mit großer Zustimmung wurden vom Bundeskongreß die Reden Oskar Lafontaines und Björn Engholms aufgenommen. Engholm forderte, daß die SPD in der Raketenfrage "deutlichere Antworten gibt, als sie dies noch im Wahlkampf getan hat". Sie könne nur heißen: "Wir wollen auf deutschem Boden keine weiteren Raketen."

Die Äußerungen Oskar Lafontaines hinsichtlich der Infragestellung der Mitgliedschaft der BRD in der NATO wurden von den Jungsozialisten vor allem als Forderung bezüglich der unterschiedlichen Änderung der Hegemoniepolitik der USA verstanden. Entsprechend wenden sich die Jungsozialisten dagegen, "mit Forderungen wie 'Raus aus der NATO' den 5. vor dem 1. Schritt tun zu wollen" und orientieren auf eine von den USA unabhängige Außenpolitik der BRD.

2. Die Jungsozialisten sehen in der Massenarbeitslosigkeit das schwerwiegendste Problem in der BRD und verabschiedeten einen Antrag "Für Vollbeschäftigung, gegen Sozialabbau, sozialistische Wirtschaftspolitik durchsetzen" mit antimonopolistischen Positionen.